

Generationentreffen

„InterLycées“ ermöglichte die Begegnung zwischen Jugendlichen und Politikern

LUXEMBURG
SVEN WOHL

Kaum ein Thema beherrscht die Diskussionen rund um die Krise wie die Jugendarbeitslosigkeit es tut. Denn es sind vor allem Jugendliche, die immer weniger Chancen auf dem krisengeschüttelten Arbeitsmarkt haben. Martin Schulz, Präsident des europäischen Parlamentes, findet in dieser Hinsicht klare Worte: Der Zustand der Europäischen Union sei ein desolater. Die Jugendlichen hätten den Eindruck, dass die Politiker sie aufgegeben hätten, hielt dieser bereits auf einer Konferenz im September 2012 in Brüssel fest. Dadurch würden sie sich von einem der gelungensten politischen Projekte des vergangenen Jahrhunderts abwenden, da die Union sich anscheinend mehr für Banken als für die eigenen Kinder interessiert. Auf der Veranstaltung von „InterLycées“ fand gestern unter dem Thema „Les décideurs de demain à la rencontre des décideurs d'aujourd'hui“ ein Gedankenaustausch zwischen den europäischen Führungskräften und Jugendlichen statt.

Interessierte Schüler und kontaktfreudige Redner

Während Martin Schulz bei seinem Vortrag untermauert, inwiefern die Jugendarbeitslosigkeit in Europa von mehreren globalen Faktoren abhängig ist, waren die im Forum Geeseknäppchen anwesenden Jugendlichen bei der Podiumsdiskussion selbst an der Reihe, um Fragen und Anregungen zu liefern. Während der einstündigen Diskussion bewiesen diese, dass sich die Jugendlichen Luxemburgs durchaus Sorgen um ihre eigene Zukunft machen. Unter anderem fiel auch die Frage, ob Europa überhaupt eine gemeinsame Strategie für den Arbeitsmarkt habe. Diese musste leider verneint werden.

Auf die Frage hin, ob denn Luxemburg nicht zu sehr auf den Finanzmarkt setzen würde, musste seitens vom ebenfalls anwesenden Arbeitsminister Nicolas Schmit zugegeben werden, dass es noch an Alternativen und Diversität mangeln würde. Dies wäre vor allem bei Arbeitsplätzen der Fall, die eben nicht eine langjährige Studienzzeit voraussetzen würden. Zudem wurde auch teils angemerkt, dass viel zu viele Jugendliche als einzige Perspektive einen Arbeitsplatz beim Staat anpeilen würde. Stattdessen müsste der Privatwirtschaft stärker auf die Sprünge geholfen werden. Damit dies aber überhaupt in gerade denen Ländern, wo die Krise am stärksten zugeschlagen hat und die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist, möglich wird, müssen auch dementsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wer etwa dafür sorgen will, dass Jugendliche eigene Unternehmen gründen können, muss auch die Möglichkeit für Kredite bieten.

Dies ist etwa in Griechenland momentan komplett unmöglich, da den griechischen Banken hierfür die Mittel fehlen und ausländische Banken sich von dem



Die Jugendlichen stellten eifrig ihre Fragen

Foto: Fabrizio Pizzolante

Markt fern halten. Unter anderem deshalb setzt er sich auch dafür ein, dass Mikrokrediten mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Insgeheim wird hervorgehoben, dass Kompetitivität Vorrang hat, jedoch eine Lohnreduzierung nicht wünschenswert ist, da damit durchaus eine Art Lohndumping ausgelöst werden könnte. ●

Ungerechtfertigte Verbissenheit

Waffensammlervereinigung sieht keinen Handlungsbedarf

LUXEMBURG Als übertriebene Polemik bewertet die Vereinigung der Waffensammler (SCAL) die derzeitige Diskussion über eine Verschärfung des nationalen Waffengesetzes. Dass das Waffenarsenal in Luxemburg in den vergangenen Jahren um 16,32 Prozent angestiegen sei, hänge nicht zuletzt mit dem demografischen Wachstum zusammen, betont die SCAL in einer Pressemitteilung. Es handele sich demnach um eine natürliche Entwicklung.

Forderung nach Objektivität

Justizminister François Biltgen hatte die auf 86.427 chiffrierte Zahl an registrierten Waffen, verteilt auf 15.670 Besitzer, als „alarmierend“ bezeichnet. Die SCAL präzisiert jedoch, dass es sich hierbei keineswegs nur um Schusswaffen handelt, sondern beispielsweise auch um Tränengas- oder Stichwaffen. Auch von den 1.826 von der Polizei im letzten Jahr beschlagnahmten Waffen würden Schusswaffen nur einen geringen Teil ausmachen.

Die Verbissenheit, mit der die Medien und die Politik über das Thema berichten beziehungsweise diskutieren, kann die SCAL demnach auch nicht nachvollzie-



„Nicht die Waffe ist Schuld“, betont die SCAL

Foto: Shutterstock

hen. In den vergangenen 40 Jahren sei es nie zu einem Vorfall (oder Unfall) gekommen, in den ein Mitglied der Luxemburger Waffengemeinschaft involviert war.

Nicht die Waffe sei Schuld, dass es zu Tragödien wie in Newtown käme, sondern die Schützen selbst und deren men-

talte Verfassung, betont die SCAL weiter. Es gelte deshalb, nicht die Waffen zu verurteilen oder mit dem Finger auf die legalen Waffenbesitzer wie Sportschützen, Jäger oder Waffensammler zu zeigen, sondern eine effektive Ursachenforschung zu betreiben. SIM

SEW/OGBL beharrt auf Forderungen

LUXEMBURG Nachdem im Dezember wenig erfolgreiche Verhandlungsgespräche mit Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres geführt worden waren, kann zumindest das „Département secondaire“ der Lehrergewerkschaft SEW-OGBL nun etwas zuversichtlicher in die Zukunft blicken. Am 9. Januar hatte sich eine Delegation mit den Ministeriumsverantwortlichen zusammengesetzt, um wichtige Themen rund um die professionelle Ausbildung zu besprechen.

Mehrere Analysen werden durchgeführt

In verschiedenen Punkten wurde eine Einigung gefunden. Trotzdem handelt es sich nicht wirklich um Zusagen seitens der Unterrichtsministerin sondern vielmehr um das Einverständnis, verschiedene Untersuchungen, SWOT-Analysen und Ursachenforschungen durchzuführen.

Ernstzunehmende Probleme

Obwohl die Vertreter des SEW dieses Entgegenkommen begrüßen, weisen sie darauf hin, dass in puncto Reform der professionellen Ausbildung noch immer ernstzunehmende Probleme bestehen, weshalb das diesbezügliche Gesetz grundlegend überdacht werden müsse. Es gehe darum, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und das organisationelle Chaos in verschiedenen Bereichen zu beseitigen. In Absprache mit den schulischen Partnern müssten beispielsweise vorbereitende Lehreinheiten ausgearbeitet werden, die es den künftigen Technikern erlauben, Hochschulstudien nachzugehen. Deshalb müsse auch dafür gesorgt werden, dass ein gewissen sprachliches Niveau erreicht wird.

Einer der wichtigsten Punkte dürfte wohl auch die Forderung nach der Wiedereinführung des klassischen Bewertungssystems sein. SIM